Hutten-Briefe

für Volkstum, Kultur, Wahrheit und Recht

20. Jahrgang | Mai - Juni 2002 | Folge 3

Werner Hamann "Willst du dich auf Waffen untersuchen lassen ?"
Zeichnung, erschienen im Kladderadatsch v. 1. Okt. 1933
(Entnommen dem Bildband "Kunst in Deutschland 1933 - 1945", Grabert-Verlag)

Im Glashaus der politischen Heuchelei

Geschichtsforschung, wie sie einst von so bedeutenden Historikern wie Leopold von Ranke, Heinrich von Sybel, Heinrich von Treitschke, Dietrich Schäfer und, noch in unserer Gegenwart, von den in dieser Tradition stehenden Friedrich Stieve, Richard Suchenwirth oder Adolf Helbok betrieben wurde, ist seit 1945 in Deutschland verpönt. Ja schlimmer noch, sie wird ungeachtet grundgesetzlich garantierter Forschungs- und Lehrfreiheit (Art. 5,3) durch vielseitige Formen der Repression bedroht, wobei selbst vor strafrechtlicher Verfolgung nicht halt gemacht wird. Es dürfte, um hier nur zwei Beispiele anzuführen, noch in Erinnerung sein, daß der Historiker Hellmut Diwald, nachdem die 1978 erschienene Erstausgabe seiner "Geschichte der Deutschen" den Unmut von Heinz Galinski erregt hatte, durch seinen Verleger Axel Springer gezwungen wurde, dieses Werk in eine für Zionisten gefällige Form zu bringen, d.h. die "anstößigen" Stellen darin umzuschreiben. Der vierdienstvolle, durch zahlreiche Publikationen bekannte Zeitgeschichtsforscher Udo Walendy aber erhielt für nicht opportune Ergebnisse seiner Arbeit bereits eine hohe Freiheitsstrafe, die, wie Vergleichsfälle zeigen, ein sich durch Totschlag schuldig gemachter Verbrecher im "freiheitlichsten Rechtsstaat, den es je auf deutschem Boden gab" kaum zu fürchten braucht.

Vergangenheit, zumal die des eigenen Volkes, soll nach den von den Weltkriegssiegern verordneten und von den derzeitigen bundesrepublikanischen Machthabern hingenommen oder gutgeheißenen Umerziehungs-Richtlinien nicht aufgehellt und unter allen thematisch zu berücksichtigenden Gesichtspunkten unvoreingenommen veranschaulicht, sondern mit der der politischen Demagogie entlehnten Methode des Verzerrens und Verschweigens bewältigt werden. Das Ergebnis solcher Bewältigung muß der blinde Köhlerglaube an ein allseitig dogmatisch (und gesetzlich!) abgesichertes, wie es so schön heißt, "volkspädagogisch willkommenes" und "politisch korrektes" Geschichtsbild sein. Dieses aber wird nicht etwa nur an Schulen und Hochschulen der künftigen "geistigen Elite" vermittelt, sondern soll mit Hilfe aller verfügbaren Medien auch in der Gesamtbevölkerung ("Gesellschaft" pflegt man heute zu sagen) verankert werden. Wie es einmal war (und selbstverständlich nie wieder sein darf!) kann gegenwärtig jede(r)mann oder "frau" aus den zeitgeschichtlichen Fernsehsendungen eines Guido Knopp oder auch durch die vom Zigaretten-Millionär Jan Philipp Reemtsma finanzierte und inzwischen in zweiter Auflage auf Tournee geschickte Anti-Wehrmachtausstellung erfahren. Wenn dann gelegentlich auf den Straßen unserer einst im alliierten Bombenkrieg zerstörten und von den Überlebenden der Kriegsgeneration wiederaufgebauten Städte von einem durch männliche und weibliche Jungakademiker durchsetzten Mob "Nie wieder Deutschland!" und "Deutschland verrecke!" skandiert wird, braucht sich darüber wahrhaftig niemand zu wundern. Die jetzt nach biologischem Gesetz abtretende Generation, die während der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts z. T. noch persönlich und bewußt deutsche Zeitgeschichte miterlebte und mitgestaltete, hat, wenn sie es nicht selbst schon versäumte, die eigenen Kinder volksverantwortlich zu erziehen, es bedauerlicherweise auch nicht verhindern können, daß diese und wiederum deren Kinder von anderer Seite dem eigenen Volk systematisch entfremdet wurden. Wir wollen uns hier sowohl mit ungerechtfertigten als auch mit pauschalen Vorwürfen selbstverständlich zurückhalten. Wir vermögen dieser zugegeben schwer geprüften Generation allerdings einen Vorwurf dort nicht zu ersparen, wo sie volktreu gebliebene Kreise, die sich darum mühten, alles versuchten, um dieser Entfremdung unserer Jugend zu wehren und zu widerstehen, einfach im Stich ließ, ihren aufopferungsvollen Einsatz und ihre Arbeit entweder ignorierte oder sie dabei gar noch behinderte. Daß man sich in diesen Kreisen bis heute trotzdem nicht entmutigen ließ, ist einzig der darin erhalten gebliebenen Standhaftigkeit zu verdanken und der Tatsache, daß man in seiner Zielsetzung unbeirrbar bleibt und in der Auseinandersetzung mit dem verderblichen Zeitgeist stets wußte, worum es letzten Endes ging. Das trifft nicht zuletzt auch für den Freundeskreis Ulrich von Hutten e.V. und das Deutsche Kulturwerk Europäischen Geistes zu.

Wie die Erfahrung lehrt, gibt Vergangenheitsbewältigung jenen, die sie aus ihrer Machtposition heraus einem im Kriege überwundenen Volk verordnen die Möglichkeit, eigene geschichtliche Untaten, und zwar nicht allein zurückliegende, sondern auch gegenwärtige und künftige, jederzeit unter den breiten Teppich des Vergessens zu fegen. Im heutigen Rußland sowie in sämtlichen Ländern des ehemaligen sowjetischen Machtbereichs gibt es, von wenigen Ausnahmen abgesehen, kaum staatlich eingerichtete Gedenkstätten, die täglich herangekarrte Besucher mit dem von Kommunisten nicht allein in Kriegs-, sondern auch in Friedenszeiten millionenfach begangenen Massen- und Völkermord konfrontieren. Die Journalisten, die den Ende April d.J. bei einem mysteriösen Hubschrauberabsturz ums Leben gekommenen russischen General und Politiker Alexander Lebed am 18. Januar 1997 in die KZ-Gedenkstätte Dachau begleiteten, zeigten sich von seinem Mangel an dort üblicherweise zur Schau gestellter Betroffenheit befremdet. Noch mehr aber befremdete sie sein Eintrag ins dortige Gästebuch: "Man soll nicht mit Pistolen auf die Vergangenheit schießen, sonst kommen Kanonenkugeln zurück!" Die täglich "die finstersten Jahre der deutschen Geschichte" beschwörenden Skribenten schienen ganz einfach vergessen zu haben, woher der Mann kam, und waren daher unfähig zu begreifen, was ihn zweifellos gefühlsmäßig erfüllte, als er den in oberbayerischer Landschaft gelegenen überschaubaren Ort seines Besuches mit den düsteren, jede menschliche Hoffnung auslöschenden Weiten des von Alexander Solschenizyn mit erschreckender Wirklichkeitstreue geschilderten Archipel Gulag verglich.

Auch England pflegt keine Erinnerung an seine während einer jahrhundertelangen Kolonialzeit vornehmlich in

Asien und Afrika begangenen Verbrechen. "Wüßte die Welt nur ein Hundertstel dessen, was die Engländer hier anrichten, würde sich die ganze Christenheit die Kleider zerreißen und zum Himmel schreien wegen dieser unbeschreiblichen Barbarei!" schrieb im Jahre 1901 Burengeneral Jan C. Smuts an den Oranje-Präsidenten Steyn. Die "unbeschreibliche Barbarei" wurde von den Engländern in 40 Konzentrationslagern "angerichtet", in denen durch Hunger und Durst, durch Erschöpfung und Mißhandlung 26.370 Frauen und Kinder umkamen und damit sechsmal soviel Zivilpersonen den Tod fanden als kämpfende Buren in dem ihnen aufgezwungenen Krieg, der dem britischen Kapital vor allem dazu diente, die Gold- und Diamantenfelder Transvaals an sich zu reißen. Doch "die Welt" nahm weder dies zur Kenntnis noch behielt sie in Erinnerung, daß es die Engländer waren, die während dieses Raubkrieges die Konzentrationslager erfanden. Und als England im 2. Weltkrieg mitten in Europa seinen von langer Hand schon geplanten barbarischen Bombenkrieg gegen die deutsche Zivilbevölkerung führte, "zerriß" sich die Christenheit keineswegs "die Kleider" und "schrie" auch nicht "zum Himmel". Warum auch sollte sie? Grund dies zu tun, hätte ihr längst und hinreichend die eigene Kirchengeschichte geboten. Man denke nur an die in der alten und neuen Welt vielfach blutig durchgeführte Heidenmission, an die Foltermethoden der Inquisitionsgerichte, an die unvorstellbar grausame Ketzer- und Hexenverfolgung, an den immer wieder aufflammenden kulturfeindlichen Bildersturm und - in unserer Gegenwart: an die auf vielfältige Weise praktizierte Komplizenschaft mit sog. Befreiungsbewegungen, die ihre Heimatländer in der sog. Dritten Welt mit kaum zu beschreibendem Terror überzogen, den sie, wo immer sie die Macht errangen, als Staatsterror weiterführten. Es ist aber natürlich bequemer, d.h. weniger gewissensbelastend, "den Splitter im Auge des Bruders" zu sehen, als "den Balken im eigenen Auge" wahrzunehmen (vgl. Matth. 7,3), wie uns dies u. a. auch das "Stuttgarter Schuldbekenntnis" der deutschen evangelischen Kirche vom Oktober 1945 zeigt. Dieses Pamphlet klerikaler Pharisäer belastete in unerträglicher und unverantwortlicher Weise das eigene Volk vor dem im Lande stehenden Feind, der selbst die Wahrheit, namentlich die historische Wahrheit, zur selben Zeit im Nürnberger Prozeß mit Füßen trat. Zu ihr aber hätte man sich, wäre noch ein Funke lutherischen Geistes in der evangelischen Kirche vorhanden gewesen, mutig und ohne auf die Folgen zu sehen, bekennen müssen.

"Einer der unangenehmsten Aspekte der Nürnberger Prozesse war es von Anfang an", so stellte der britische Historiker David Irving in "The Last Kampaign", London 1979, fest, "daß nicht ein einziger Vorwurf auf der Liste der angeklagten deutschen Kriegsverbrecher stand, den man nicht auch der einen oder anderen der vier (anklagenden, Anm. d. Verf.) Mächte machen konnte." Doch die Tatsache, daß diese in Nürnberg im Glashaus saßen, ließ sie nicht davor zurückschrecken, selbst solche Anschuldigungen vorzubringen und Anklage zu erheben, die, zumindest was Deutschland anbetraf, jeder Grundlage entbehrten und somit völlig aus der Luft gegriffen waren.

Eine solche Anklage betraf beispielsweise die von der SS lange vor Kriegsbeginn geschaffene Wohlfahrtseinrichtung "Lebensborn" , die ausschließlich der Fürsorge von Müttern und Kindern diente, die in den Lebensborn-Heimen Aufnahme fanden. "Das Internationale Militärtribunal", so schrieb Erich Kern in seinem Buch "Meineid gegen Deutschland. Eine Dokumentation über den politischen Betrug"+), "stürzte sich voll Interesse auf die Einrichtung Lebensborn e.V. Die Ankläger versprachen sich in diesem Prozeß eine besonders eindeutige und schmierige Diffamierung des deutschen Volkes im allgemeinen und der deutschen Frauen im besonderen." Und tatsächlich: der Widerhall der internationalen Presse auf die nun zu erwartenden "Enthüllungen" - US-Brigadegeneral Telford Taylor vertrat die Anklage gegen 14 Lebensborn-"Verantwortliche" - ließ nicht lange auf sich warten. Ein Chris Klein brachte in einer dieser Gazetten schließlich das, womit man weltweit die Sensationsgier zu befriedigen suchte unter dem Titel "Hitlers Paarungs-Spiel" auf den Punkt: "Nachdem er aus den deutschen Männern Kampfmaschinen gemacht hatte, verwandelte der Führer die deutschen Fräuleins in babymachende Maschinen." Nach fünfmonatiger Verhandlung (sie dauerte vom 10. Oktober 1947 bis zum 10. März 1948) förderte das alliierte Militärtribunal freilich nichts zu Tage, was die sich um das Thema "Lebensborn" rankenden wilden Gerüchte auch nur im geringsten bestätigt hätte. Ergebnis: alle 14 Angeklagten wurden "in allen Fragen, die den Lebensborn betrafen, freigesprochen" (E. Kern), "schuldig" bleiben sie allein durch ihre Zugehörigkeit zur SS, die man bereits in den vorausgegangen Verfahren zur "verbrecherischen Organisation" erklärt hatte. Doch da für manche in der Umerziehung tätigen Zeitgenossen "nicht sein kann, was nicht sein darf" und sich ein dreckiges Geschäft unter den herrschenden Verhältnissen offenbar immer lohnt, so bediente die Zeitschrift "Revue" ihr Leserpublikum 1958 erneut mit einer diesmal aus der Feder eines Will Berthold stammenden, die historischen Tatsachen aber nicht einmal milimeterweise tangierenden Lebensborn-Story. Arthur Brauner, bekannt als bundesrepublikanischer Filmmogul ("Seine Karriere ist beispiellos in der deutschen Filmgeschichte", schrieb der "Münchner Merkur" am 30. Juli 1998 in einer Laudatio auf den 80jährigen), bekannt auch als Geldspender für seinen Freund Ex-Bundeskanzler Helmut Kohl, hatte damit den Stoff für ein beispiellos polit-pornographisches Film-Machwerk gefunden, durch das, wie Erich Kern damals bemerkte, "Amerikaner, Schweden, Franzosen, Engländer, Dänen, Holländer, Italiener genau so wie Inder, Araber, Neger - kurz alle Völker das deutsche Wesen und vor allem die deutsche Frau kennen" lernten (siehe "Illustrierte Film-Bühne" Nr. 05607). Dabei hätte "der aus dem polnischen Lodz stammende Sohn eines jüdischen Holzgroßhändlers" ("Münchner Merkur" vom 30.7.1998) durchaus die Möglichkeit gehabt, für seine Zelluloidstreifen auf adäquates, im Unterschied zum verwendeten jedoch auch auf authentisches Material zurückzugreifen. Allerdings wäre dies, da es der US-Geschichte entstammt, für antideutsche Hetze kaum verwertbar gewesen. An dieser aber scheint Filmproduzent

+) Erschienen im K.W. Schütz-Verlag Göttingen 2968 (1. Aufl.)

Brauner, wie nicht allein eine Vielzahl seiner Filme belegen, vornehmlich interessiert zu sein. So veröffentlichte er noch 1995 (!) in mehreren Zeitungen eine Großanzeige "Wider das Vergessen", in der er u.a. die von perverser Besatzer-Phantasie zusammengebraute KZ-Lampenschirm- und Seifen-Lüge "der Öffentlichkeit" erneut "zu offenbaren" (O-Ton Brauner!) sich veranlaßt sah. Und sechs Jahre später bezichtigte er den in Italien völkerrechtswidrig wegen ihm angedichteter Kriegsverbrechen verurteilten und festgehaltenen Erich Priebke, ohne dafür auch nur den Schimmer eines Beweises zu besitzen, des "zigtausendfachen Mordes".

Doch zurück zu dem hier erwähnten und noch nicht verfilmten US-Material, wobei nicht etwa von dem Genocid an den indianischen Ureinwohnern die Rede ist, sondern nur von einem bestimmten Abschnitt in der Geschichte der nordamerikanischen Negersklaverei. Wir halten uns hier strikt an die erschütternde Darstellung aus authentischen amerikanischen Quellen. Demnach stellten im Jahre 1787 die Nordstaaten, unterstützt von Virginia und Maryland, im Nationalkonvent einen Antrag auf völliges Verbot des überseeischen Sklavenhandels. Jedoch legten die übrigen Südstaaten so heftigen Protest ein, daß das Gesetz vor Ablauf einer zwanzigjährigen Frist nicht in Kraft gesetzt werden sollte. Tatsächlich erhielt im Jahre 1808 die Bestimmung durch Kongreßbeschluß Geltung, daß kein afrikanischer Neger mehr nach der Union eingeführt werden sollte. Damit wäre der einträgliche Sklavenhandel vernichtet worden, aber die gerissenen Menschenhändler fanden einen ingeniösen Ausweg; sie errichteten hauptsächlich in Virginia und Georgia Negerzuchtfarmen, die wohl das Schamloseste dargestellt haben müssen, was entarteter Geschäftszynismus erfinden konnte. Für diese Kinderzucht-Farmen wurden gesunde junge Negerinnen aufgekauft. Weiße Plantagenaufseher erhielten für jede von ihnen geschwängerte Negerin eine Zuchtprämie bis zu zwanzig Dollars. Es kam zu einer geradezu erschreckenden Zunahme von Mulatten. Virginia allein soll Hunderttausende meist männlicher Farbiger 'eigener Aufzucht' nach den Baumwollstaaten ausgeführt haben. Der weibliche Nachwuchs wurde wieder als neues 'Zuchtmaterial' verwendet. Man brüstete sich noch damit, daß diese Negerzucht die Haupteinnahmequelle der tabakanbauenden Teile Virginias sei, aus der Schulden getilgt werden konnten.

Im Jahre 1860 betrug in den fünfzehn Sklavenstaaten der Union die Zahl der farbigen Unfreien mehr als fünf Millionen Köpfe, darunter ein immer steigender Prozentsatz von Mischlingen. Der Preis für einen voll arbeitsfähigen Farbigen war ein- bis zweitausend Dollars. Da eine mittlere Plantage hundertfünfzig bis zweihundert Arbeitskräfte benötigte, blieb für Kleinbetriebe keinerlei Raum übrig. Daher kam es auch zu einer Massenflucht armer weißer Bürger aus den Südstaaten nach dem freien Norden oder in die sklavenfreien Territorien des Westens. Wer nicht auswanderte, mußte auf die Stufe des landlosen weißen Proletariats herabsinken oder bestenfalls als Hinterwäldler im äußersten Südwesten sein Glück versuchen.

Der größte Sklavenhändler des Südens war Samuel Hairston in Virginia, dessen Zuchtfarmen dreitausend Neger, meist 'Muttertiere', aufwiesen. Die Stadt Charleston zählte weit mehr als tausend Sklavenhalter. Nicht genug damit, daß sie die menschliche Ware selbst züchteten, hatten sie es auch verstanden, neue Absatzmethoden zu erfinden. Um der Sklaverei allgemein Eingang zu verschaffen, lieferten skrupellose Geschäftemacher die ersten Farbigen auf Teilzahlung und verlangten neben einer kleiner Anzahlung in bar lediglich eine Hypothek auf die Plantage bis zur völligen Tilgung der Kaufschuld. Die Geburt des Systems des Teilzahlungsgeschäftes hat also in Amerika stattgefunden.

Wie gesagt, der Film über die hier geschilderten Zuchtfarmen für Negersklaven wurde bislang noch nicht gedreht. Aber was nicht ist, kann ja noch kommen. Eines Tages können sich die Nachfahren der damaligen Opfer, die, wie zu hören ist, ein immer stärkeres Interesse an der Aufklärung ihrer Herkunft entwickeln, sich auch des hier nur kurz beleuchteten Themas annehmen. Sie dürften es zweifellos ohne Scheu und falsche Rücksichten aufarbeiten und - es wäre doch wahrhaftig eine Tat im Sinne der Menschenrechte und Menschenwürde.

Abschließend darf die einfältige Frage gestattet sein, ob der 1947/48 vor dem Internationalen Militärtribunal gestartete Versuch einer "Lebensborn-Anklage" zur Diffamierung des deutschen Volkes und Herabsetzung der deutschen Frauen von dem schmierigen Kapitel der Negersklaverei in den USA phantasievoll beflügelt worden ist?

Gerd Zikeli

Hüttenbriefe
für Volkstum, Kultur, Wahrheit und Recht

Hauptschriftleitung: Lisbeth Grolitsch

Eigentümer, Herausgeber und Verleger:
Für die BR-Deutschland:
FREUNDESKREIS ULRICH VON HUTTEN e. V.
Postanschrift: D-63811 Stockstadt, Postfach 43. Schriftleitung: Dr. Heinz Brendel, D-70193 Stuttgart, Hölderlinplatz 4. Kein gewerbliches Unternehmen. Jahresgebühr € 21,--, Einzelstück Eur 3,50. Spendenkonto: Bankhaus Reithinger KG, Kto.-Nr. 206580, BLZ 69230010. Die Bezugsgebühr ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Sämtliche Zuschriften sind zu richten an: FREUNDESKREIS ULRICH VON HUTTEN e. V., 63811 Stockstadt, Postfach 43.

Für Österreich:
DEUTSCHES KULTURWERK EUROPÄISCHEN GEISTES, A-8020 Graz, Strauchergasse 23. Kein gewerbliches Unternehmen. Jahresgebühr € 21,--, Einzelstück € 3,50. Spendenkonto: Stmk. Sparkasse, Kto.-Nr. 4000-600-504, BLZ 20815. Die Bezugsgebühr ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Richtung: Für deutsche Kultur. Weltanschauliche Wertung auf der Grundlage naturgesetzlicher Lebensordnung. Volktreu.
Druck: Eigener Druck. * Nachdrucke aus den HUTTENBRIEFEN bedürfen der Genehmigung durch die Schriftleitung der HUTTENBRIEFE. Bei Nachdruck ist der Schriftleitung ein kostenloses Belegexemplar zuzusenden. *
DVR-Nr. 0667862.

Die Zukunft der Wasserstofftechnik

Wir werden uns in Deutschland daran gewöhnen müssen, daß wir auf den Benzinpreis keinen Einfluß haben.
Deutschland hat fast keine Rohölförderung. Ferner werden wir in wenigen Jahren wohl keine einzige deutsche Firma mehr in der Endverteilung haben. Dann versorgen nur noch die internationalen Konzerne den deutschen Markt. Hinzu kommt, daß wir in unserem Land nicht einmal mehr ausreichend Raffineriekapazitäten haben. Wir werden immer mehr gezwungen sein, Fertigprodukte zu importieren. Nun können wir uns über die internationalen Konzerne soviel ärgern, wie wir wollen. Wir sind darauf angewiesen, daß sie Deutschland versorgen.

Werner Müller, Bundesminister für Wirtschaft, in der "Welt am Sonntag" 22.4.2001

Die Lösung der Energiefrage ist eines der wichtigsten technischen und politischen Probleme, das in naher Zukunft angegangen werden muß mit dem Willen zu echten und dauerhaften Lösungen. Die Frage ist sehr komplex und historisch belastet. Da imperiale Ansprüche mit der Energiefrage verknüpft sind, ist die Diskussion heikel und voller Fallgruben und ideologischer Vernebelung. Nichts hat die Geschichte der letzten hundert Jahre so geprägt wie der Kampf um die Kontrolle der Ölreserven der Welt in erklärten und unerklärten Kriegen. Dem Erdöl wird von F. William Engdahl die wichtigste Rolle im Kampf um die Weltherrschaft zugeschrieben[1], aber auch von anderen klugen Beobachtern[2,3,4,5,6].

Zu Anfang des Jahrhunderts zeigte sich, daß die zukünftige technische und wirtschaftliche Entwicklung sehr eng mit dem Erdöl verknüpft sein wird. Automobile und Flugzeuge benötigen zu ihrem Betrieb Benzin, das aus Erdöl gewonnen wird.

Nach dem ersten Weltkrieg mußte Deutschland seine Rechte an dem mesopotamischen Erdöl (Bagdadbahn) an die Siegermächte abtreten. Es hatte damit keine nennenswerten Energievorräte mehr - abgesehen von der Steinkohle im Ruhr-Gebiet -, nachdem die oberschlesischen Gruben an Polen, die saarländischen an Frankreich abgetreten waren. Da das unseren westlichen Freunden nicht genügte, erfolgte 1923 die Ruhrbesetzung, die leider nicht den gewünschten Erfolg brachte.

Deutschland hatte zu jener Zeit allerdings noch beträchtliche geistig-technische und moralische Ressourcen. Seine Wissenschaftler und Techniker entwickelten in kurzer Zeit ein effektives Verfahren, um aus dem heimischen Energierohstoff Kohle durch Hydrierung (Anlagerung von Wasserstoff an Kohlenstoff) Benzin zu produzieren. Die Führung des Staates erkannte die Bedeutung der Erfindung und förderte mit beträchtlichen Mitteln den Bau von Hydrieranlagen.

Das künstliche Benzin war natürlich teurer als das aus dem billigen Erdöl der Kolonien gewonnene - aber die Erpressungsmöglichkeiten waren reduziert. Das Energieproblem war technisch gelöst, aber nicht politisch - was dann zu kriegerischen Auseinandersetzungen führte (2. Weltkrieg).

Nach dem erfolgreich durchgeführten Kreuzzug gegen die "Terroristen" in Mitteleuropa konnten sich die siegreichen Amerikaner ab 1945 an den Umbau von deren Wirtschaft machen, wie es die Kriegsziele vorsahen.So wurden die Kohleverflüssigungsanlagen geschlossen (die in der östlichen Zone erst nach 1989) sowie der Kohlebergbau allmählich gedrosselt und der Erdölverbrauch gefördert - die Ölvorräte waren ja in guten Händen.

Etwas voreilig hatte man in den sechziger Jahren die Nutzung der Kernenergie freigegeben, weil man glaubte, die Hand auf allen Uranlagerstätten und ein Monopol auf die Urananreicherung zu haben.

Das war zu kurz gedacht, denn es stellte sich heraus, daß im Schnellen Brüter oder im Hochtemperaturreaktor - der in Deutschland bis zur Serienreife entwickelt worden war - neben der Energie auch der benötigte Brennstoff erzeugt werden kann. Mittels der fortgeschrittenen Kernenergietechnik hätten sich also einige wichtige Staaten vom Einfluß der guten Menschen aus New York unabhängig machen können. Da dies dem Sinn der Geschichte widersprochen hätte (Rathenau) und genau das Gegenteil der jahrzehntelangen zähen Bemühungen der Wall-Street-Mächtigen war, wurde die Gefährlichkeit der Kernenergie entdeckt. Die befreundeten Medien und Geheimdienste sorgten dafür, daß diese Gefahr nicht verborgen blieb. Die Kampagne war sehr erfolgreich. Sie wird bis heute von einer bunten Schar unterschiedlichster Hilfstruppen weitergeführt. Denn das technisch-wissenschaftliche Know-How der Kerntechnik ist immer noch nicht erloschen - trotz intensiver Bemühungen der guten Menschen vom Hudson.

Die Kernenergieindustrie wehrte sich mit dem Argument, daß bei der Nutzung der Kernenergie keine Umweltverschmutzung auftritt wie bei der Verbrennung fossiler Brennstoffe, also kein Schwefeldioxid, keine Stickoxide, kein Kohlendioxid usf. Die Retourkutsche der Erdölbosse waren die radioaktiven Abfälle aus den Kernreaktoren. Seitdem vernebelt der ideologische Streit um fossile bzw. nukleare Energieträger mit unreflektierten Schlagworten die Gehirne eines Großteils der Menschheit.

Der Ausgang des Disputs Erdöl gegen Kernenergie war in Deutschland bei Würdigung der bestehenden Machtverhältnisse unzweifelhaft. Als Ersatz für die Kernenergie durfte man sich in Deutschland mit regenerativen Energien beschäftigen, also mit Windenergie, Sonnenenergie, Erdwärme, Wellenenergie sowie Energieeinsparung als neuartiger Energieform etc. Die Pfiffikusse von jenseits des Atlantiks hatten sich dabei vermutlich folgendes gedacht: das von den Medien gelenkte Publikum ist erfreut darüber, daß etwas auf dem Gebiet der "natürlichen und sauberen Energie" geschieht. Außerdem kann man mit den regenerativen Energien allein keine großen Netze betreiben oder ganze Volkswirtschaften mit Energie versorgen. Denn Solarenergie und Windenergie werden mit zu geringer Intensität und zu großen Schwankungen diskontinuierlich angeboten. Die Verbraucher möchten allerdings eine konstante gleichmäßige Energielieferung. Um diese Forderung zu erfüllen, braucht man einen leistungsfähigen Energiespeicher für die regenerativen Energien. Das einzige Speichermedium, das für die Solar- oder Windenergie in größerem Umfang infrage kommt, ist der Wasserstoff, da er leicht durch Wasserzersetzung erzeugt werden kann, gut trans-

portabel und speicherbar und sein Verbrennungsprodukt mit Sauerstoff reines Wasser ist: eine ideale Lösung sowohl für kleine Inselnetze als auch für große Einheiten auf der Basis regenerativer Energien. Ohne Speicherung sind die regenerativen Energien nutzlose Spielerei, da sie die bestehenden Energiesysteme wegen ihres ungleichmäßigen Angebots nicht ersetzen können. Bei Einspeisung der regenerativ erzeugten Energie ins Netz wird dessen Qualität sogar verschlechtert. Es ist heute ohne weiteres möglich, mit Hilfe regenerativer Energien Wasser in Wasserstoff und Sauerstoff zu zersetzen oder durch Biomassevergasung Wasserstoff in großen Mengen für die Energietechnik zu erzeugen.

Als wirtschaftlichstes Verfahren für die Speicherung des gasförmigen Wasserstoffs hat sich zunächst die Speicherung in Drucktanks herausgestellt. Solche Tanks sind allerdings zu groß, um sie in normalen Personenautos einzusetzen, abgesehen von anderen Schwierigkeiten der Sicherheit und Infrastruktur. Für die mobile Anwendung könnte man aber den Wasserstoff in Form von Methanol speichern, das durch eine chemische Reaktion von Wasserstoff und Kohlendioxid hergestellt wird. Methanol ist ein geeigneter flüssiger Energieträger, für den z.B. die vorhandene Verteilungsinfrastruktur ohne große Änderungen benutzt werden kann.

Mit der Wasserstofftechnik bzw. der daraus abgeleiteten Methanoltechnik könnten die regenerativen Energien ihren endgültigen Durchbruch erzielen. Daß dies den Weltpolitikern bzw. Globalstrategen nicht in den Kram paßt, ergibt sich aus dem vorher Gesagten: die Völker würden dadurch unabhängig und nicht mehr erpreßbar.

So tauchte bald das Argument auf, die Wasserstofftechnik komme erst in hundert Jahren. Woher man das weiß, ist nicht bekannt, aber offen dagegen zu sein, war nicht empfehlenswert. Die Hilfstrupps in Bonn haben diese Aussage fleißig kolportiert. Daß damit die regenerativen Energien auch erst in hundert Jahren kommen, haben sie nicht laut gesagt.

Gegen das Methanol kam der geistreiche Einwand, daß es giftig sei. Methanol ist ein Alkohol, von dem man blind wird, wenn man ihn trinkt. Von Benzin wird einem sehr schlecht, wenn man davon nippt. Sein MAK-Wert liegt bei Null.

Man kann nicht sagen, daß den Befürwortern der Erdölwirtschaft und Globalisierung besonders gute Argumente für ihre Technik einfallen.

Nun ist den Herren des Öls ein weiteres Mißgeschick passiert: Die Autoindustrie will das Brennstoffzellenauto bis zum Jahre 2004 einführen. Das Brennstoffzellenauto ist ein von einem Elektromotor angetriebenes Fahrzeug, das die benötigte elektrische Energie aus einer Brennstoffzelle entnimmt statt aus einer Batterie wie früher. Die Brennstoffzelle erzeugt die elektrische Energie, indem in ihr (meistens) Wasserstoff und Sauerstoff zu Wasser verbrannt werden (Knallgasreaktion), wobei elektrische und thermische Energie frei werden, die genutzt werden können. Grob gesprochen kann man sagen: ca. 50 % elektrische Energie, 50 % thermische Energie.

Mit der Brennstoffzelle wird in einigen Jahren ein leistungsfähiges Gerät auf dem Markt sein, mit dem man durch Verbrennung von Wasserstoff und Luft zu Wasser völlig umweltfreundlich elektrische und thermische Energie für Haushalt, Industrie und Verkehr erzeugen kann. Wenn der Wasserstoff durch Elektrolyse mittels Windenergie oder Solarenergie sowie durch Biomassevergasung hergestellt wird, hat man eine ressourcen- und umweltschonende Energietechnik, die zunächst zwar teurer als die Erdölenergietechnik ist, aber die Versorgungssicherheit garantiert. Außerdem spricht für diese Energietechnik, daß sie der in der Natur (Biologie) üblichen entspricht[7]. Denn jede Pflanze speichert die zum Sprießen des Samens in der Erde nötige Energie in Form von Zucker, Ölen usf. Zucker und Öle werden in der Pflanze mit Hilfe des Sonnenlichts aus Wasser (über die Wurzeln aufgenommen) und Kohlendioxid (über die Blätter eingeatmet) erzeugt (Photosynthese). Das Sonnenlicht dient hierbei dazu, das Wasser in den Blättern in Wasserstoff und Sauerstoff zu zersetzen. Aus Wasserstoff und Kohlendioxid werden in der Pflanze dann die Kohlenwasserstoffe hergestellt, die als Energiespeicher für das Anwachsen des Samens dienen. Die Wasserstofftechnik ist aus dem Laborstadium herausgewachsen. Sie wird sich, langsam beginnend, zur wichtigsten Energietechnik des 21. Jahrhunderts entwickeln. Es werden z.Z. größere dezentrale Anlagen auf der Basis von regenerativen Energien und Wasserstoff geplant und gebaut. Die Substitution der fossilen Energietechnik wird allmählich vor sich gehen, im Laufe von Jahrzehnten. Es wird das größte Geschäft des Jahrhunderts werden. Die wichtigsten Komponenten der neuen Technik werden Solarzellen, Windräder, Biomassevergaser, Elektrolyseure, Brennstoffzellen, Gasspeicher sein.

Wichtiger als das Geschäft aber ist, daß diese gigantische Aufgabe der Einführung einer neuen Energietechnik den europäischen Menschen eine lohnende Aufgabe, ein großes Ziel gibt, das sie aus ihrer lethargischen Stimmung des Mißmuts herausführen kann[8]. Diese Aufgabe entspricht einer jahrhundertealten Tradition der europäischen Völker und kann der stärkste Antrieb sein, die Fesseln zu sprengen, in denen der Kontinent seit Jahrzehnten dahinvegetiert. Die technischen Fragen der Umstellung auf die neue Energietechnik sind mit den heutigen Methoden und Kenntnissen noch lösbar. Eine spätere Generation wird die Probleme eventuell nicht mehr erkennen und lösen können.

Das eigentliche Unheil, das von der heutigen Energietechnik ausgeht, ist weniger eine Frage der Ressourcensicherheit und Umweltgefährdung als vielmehr ihre Instrumentalisierung durch die Politik, da die Energieressourcen inzwischen in den Händen einiger mächtiger Gruppen liegen, die skrupellos Kriege wegen Lagerstätten und Pipelines führen lassen. Mit der Erdölwaffe beherrschen sie die Welt. Ohne den Besitz des Erdöls ist der Dollar wertlos. Die neue Energietechnik ist die beste Waffe gegen die Globalisierung. Kluge Menschen haben diese Zusammenhänge schon vor längerer Zeit gesehen[9].

Durch die Einführung der Erdölwirtschaft sind die Nationen erpreßbar geworden durch die Mächte, die ihre Hand auf den Erdölvorkommen haben. Wenn es nicht gelingt, die neue Energietechnik durchzusetzen, wird der Ameri-

kanismus endgültig siegen, mit den Folgen, die Joachim Fernau auf der letzten Seite seines Buchs "Halleluja" eindringlich beschreibt: "Gewinnt der Amerikanismus, so wird er in 150 Jahren die Menschheit zugrunde richten und die Erde wird als erstorbener Mars im Weltall weiterkreisen".

Sigurd Schulien

1 F. William Engdahl — Mit der Ölwaffe zur Weltmacht. Dr. Böttiger Verlags GmbH 1993

2 Anton Zischka — Die alles treibende Kraft. Energieverlag Heidelberg 1988

3 Anton Zischka — Ölkrieg. Wilhelm Goldmann Verlag 1940

4 Walter Theimer — Öl und Gas aus Kohle. dtv wissenschaft München 1980

5 Gert v. Paczensky — Das Ölkomplott. Kösel-Verlag 1984

6 Robert Gerwin — Die Weltenergieperspektive. Deutsche Verlags-Anstalt 1980

7 S. Schulien, N. Späth — Wasserstoff und Sauerstoff aus regenerativen Energiequellen. AGAFE-Mitteilungen 1/1997

8 M. Greffrath — Die solare Weltwirtschaft. Solarzeitalter 1/2001

9 Joachim Fernau — Halleluja - Die Geschichte der USA. Ullstein 1995

Die "Wismut AG" – ein Staat im Staate

Die Uran-Ausbeutung in Mitteldeutschland durch die UdSSR. Ein Kapitel im Dunkeln

Zu den am meisten gesicherten und zum totalen Tabu erklärten Wirtschaftsunternehmen in der ehemaligen Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) und späteren DDR gehörte die "Wismut-AG". Insbesondere zwischen 1947 und 1950 erlebten viele, relativ jung und gesund in sowjetische Kriegsgefangenschaft geratene deutsche Soldaten, daß man sie in den Gefangenenlagern der damaligen Sowjetunion für eine Arbeit in diesem Unternehmen anwarb. Dabei erfuhren diese ausgewählten Gefangenen, deren Rückkehr in die Heimat von der Annahme der Arbeit abhängig gemacht wurde, natürlich keine Einzelheiten und noch weniger, welchen gesundheitlichen Gefahren sie dabei ausgesetzt werden sollten. Gleichzeitig liefen in der gesamten SBZ, forciert durch Beauftragte der Sowjetischen Militär-Administration Deutschlands (SMAD), organisierte Werbeaktionen an, um das dringend erforderliche Arbeitskräftepotential gewissermaßen aus dem Boden zu stampfen. Eine hohe Bezahlung, reichliche Lebensmittelzuteilungen und ein differenziertes Prämiensystem mit wertvollen Industriegütern für maximale Arbeitsleistungen – hier folgte man auch dem sowjetischen Beispiel – lockten auch labile Personen und Glücksritter in die kleinen Städte und Dörfer des Erzgebirges. Hier entstanden buchstäblich über Nacht, auch in der Regie und von ihr überwacht, jene Industriekomplexe der Besatzungsmacht, die als ein riesiger Konzern nur ein Ziel hatten, **die totale Ausbeutung der sächsischen Uranerzvorkommen.** Die damals in der ganzen SBZ vorhandenen Arbeitsämter auf Kreisebene erfüllten oft die ihnen auferlegten Kopfzahlen an den "Wismut-Freiwilligen" nur dadurch, daß bei geringfügigen kriminellen Rechtsverletzungen der Betreffende seine Bereitschaft zur dortigen Arbeit schriftlich erklärte und so einer Strafverfolgung und Gerichtsverhandlung entging. Dem waren Befehle der SMAD an die seinerzeitige Deutsche Zentralverwaltung für Arbeit und Sozialfürsorge vorausgegangen. Diese Deutsche Zentralverwaltung, ein Vorläufer der späteren DDR-Regierung, war völlig von Verwaltungsinstanzen der sowjetischen Besatzungsmacht abhängig. Wer damals in Mitteldeutschland arbeitslos war oder wurde, weil die Demontage ganzer Betriebe als Reparationszahlung an die Sowjetunion auch solche Folgen zeitigte, dem stand eine schwere Entscheidung bevor. Verweigerte er die Arbeitsverpflichtung mit der inzwischen "SAG Wismut" genannten Firma, erhielt er den Eintrag in sein Arbeitsbuch: "Bergbautauglich, lehnt freiwilligen Einsatz ab". Damit war eine Beschäftigungsaufnahme in einem anderen Unternehmen fast unmöglich gemacht und der Erhalt von Lebensmittelkarten und Bezugscheinen beispielsweise für Braunkohlenbriketts und festes Schuhwerk, ausgeschlossen. Alle diese und viele andere kriminelle Menschenhandelspraktiken, deren verwerfliche Methoden und die damit verbundenen chaotischen Lebensverhältnisse in den betreffenden Dörfern und Kleinstädten des Erzgebirges waren den Funktionären der Deutschen Zentralverwaltung und späteren Regierung selbstverständlich bekannt, ebenso dem Zentralkomitee und Sekretariat der SED. Sie schufen jedoch kaum Abhilfe, und die von Kurt Schumacher damals gebrauchte Formulierung von der "Sklavenarbeit" in den Bergbauschächten Sachsens war absolut zutreffend. Hier bedarf es zu einer objektiven Betrachtung und historischen Aufarbeitung der jüngsten deutschen Geschichte noch vieler Forschungs- und Untersuchungsarbeiten. Mit der Unterzeichnung des Abkommens vom 16. Mai 1991 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der UdSSR zur Beendigung der Tätigkeit der SDAG Wismut (Sowjetisch-deutsche Aktiengesellschaft) darf dieser Abschnitt deutscher Nachkriegsgeschichte – bisher gibt es darüber fast keine Publikationen – nicht abgeschlossen sein.

Doch kehren wir zurück zu den Ursprüngen des Phänomens "Wismut", dessen Interna zu den bestgehüteten Geheimnissen in der modernen Geschichte der deutschen Industrie gehören. Als Folgeerscheinung übertriebener Geheimhaltung und Spionageangst haben sich natürlich um dieses Unternehmen auch abenteuerliche Legenden gerankt. Diesen soll hier jedoch nicht nachgegangen werden, sondern allein durch zeitgenössische Dokumente belegte Fakten sind die Grundlage dieses Beitrags.

Bereits in den dreißiger Jahren hatten deutsche Wissenschaftler, vornehmlich Geologen der Bergakademie Freiberg, in traditionellen Bergbaugebieten Sachsens und Thüringens Uranerz geortet. Diese Vorkommen an Pechblende wurden teilweise für nicht abbauwürdig beurteilt, teilweise war der inzwischen ausgebrochene Zweite Welt-

krieg die Ursache dafür, daß noch kein Abbau betrieben wurde.

Bereits zu der Zeit, als noch Territorien in Sachsen und Thüringen von amerikanischen Truppen besetzt waren, erteilte der damalige Chef des gefürchteten sowjetischen Geheimdienstes – der hinlänglich bekannte Massenmörder Berija – den Befehl, daß die geologischen Forschungsarbeiten intensiviert werden müßten. Als dann gegen Ende Juni 1945 die amerikanischen Besatzungstruppen abzogen und die sowjetischen Militäreinheiten nachrückten, befanden sich in ihrem Gefolge eine ganze Anzahl kenntnisreicher Geologen. Da nunmehr die Territorien rund um Zwickau, Johanngeorgenstadt, Aue, Freiberg, Schwarzenberg und Freital zur SBZ gehörten, konnte also in Regie des Geheimdienstes in großem Umfang äußerst intensive geologische Forschung betrieben werden. Die sowjetischen Geologen wurden schnell fündig, und die Ergebnisse ihrer Untersuchungen ließen den Schluß zu, daß man auf abbauwürdige Uranvorkommen stoßen werde. Als Folgeerscheinung beschloß der Ministerrat der Sowjetunion im Juni 1946, natürlich ohne Befragung deutscher Institutionen, mit dem Recht des Eroberers den Abbau der sächsischen und thüringischen Erzvorkommen zur Herstellung ihrer ersten Atombomben. Ebenfalls mit dem Recht des Eroberers betrachtete man die Bergbaubetriebe und Gruben als sowjetisches Eigentum und begann in ihnen mit der Arbeit, gemäß den sowjetischen Leitungs- und Lenkungsmethoden.

Aus politischen Erwägungen und um einer besseren Tarnung willen erfolgte am 17. Juli 1947 der Eintrag in das Handelsregister als Aktiengesellschaft Wismut. Als Gesellschafter benannte man damals die Moskauer Wismut AG und eine Reihe von Rüstungsbetrieben der UdSSR. Zeitgleich erfolgte die Einsetzung des Generaldirektors, ausgestattet mit einer ungewöhnlichen Fülle von Machtbefugnissen. In dieser Funktion war dann der General des sowjetischen Geheimdienstes, Malzew, langzeitig tätig. Innerhalb kürzester Frist wurden hier nun die Gebiete zu den benachbarten westlichen Besatzungszonen fast vollständig abgeriegelt. Die deutschen lokalen Verwaltungen mußten die damaligen Landkreise verkleinern, dieser kommunale Strukturwandel diente der intensivierten Überwachung. Der nächste Schritt war der Aufbau einer speziellen Polizei und Justiz. Diese Wismut-Gerichtsbarkeit verfolgte eventuelle strafbare Handlungen – oder besser: Handlungen, die als strafbar angesehen wurden – in eigener Machtvollkommenheit und mit außerordentlicher Härte. Mehr und mehr wuchs die Wismut AG in den schon genannten Gebieten **zu einem Staat im Staate** aus. In der ganzen SBZ war es absolut verpönt, darüber zu reden oder in den Zeitungen zu berichten, was bei der Wismut geschah oder beispielsweise produziert wurde. Niemand wagte, öffentlich das Wort "Uran" auszusprechen. Mit der langsamen Stabilisierung der anfänglich chaotischen Verhältnisse im Raum zwischen Freital und Aue – später erweiterte sich das Unternehmen infolge geologischer Neuaufschlüsse um Gruben bei Wernigerode im Harz und im thüringischen Ronneburg – kamen neue Probleme. Bezeichnend in diesem Zusammenhang ist die Tatsache, daß diese sowjetische Aktiengesellschaft auf deutschem Boden fachlich nicht dem Ministerium für Bergbau und Metallurgie unterstellt und rechenschaftspflichtig war. Die SAG Wismut war ein ausschließliches Ziehkind des sowjetischen Geheimdienstes, der damals noch die Bezeichnung Volkskommissariat für Staatssicherheit (NKWD) trug. Damit war auch die in Berlin-Karlshorst stationierte und in der sowjetischen Besatzungszone allmächtige Sowjetische-Militär-Administration nicht kontrollberechtigt. Übrigens war der erste deutsche Subdirektor ein erfahrener Ingenieur. Diese Funktion war mit vielen Annehmlichkeiten und besonderen Privilegien ausgestattet, und es störte die Sowjetmachthaber auch nicht, daß dieser von ihnen ausgewählte Spezialist ein ehemaliges NSDAP-Mitglied war. Bedeutungslose Parteimitläufer hingegen deportierte man nach Sibirien. Nicht unerwähnt bleiben soll aber, daß auch der deutsche Direktor den von Stalin eingeführten Kaderrichtlinien unterlag. Das bedeutete für ihn konkret: wenn die vorgegebenen Plankennziffern nicht erfüllt, die vorgesehenen Erzmengen nicht gefördert werden, drohte ihm die Todesstrafe. Auch bei dieser Tatsache und trotz sehr vieler tödlicher Unfälle, absoluter Vernachlässigung von Arbeitsschutz und fehlender gesundheitlicher Betreuung, ja sogar der mit Schlägen die deutschen Bergleute traktierenden sowjetischen Obersteiger und Schachtleiter: mit den Stalinschen Arbeitslagern in Sibirien und am Polarkreis können die Betriebe der Wismut nicht gleichgestellt werden. Objektivität und wahrheitsgetreue Geschichtsschreibung verlangt auch hier eine tendenzfreie Differenzierung. Erste medizinische Gutachten und korrekte Recherchen in den, soweit noch vorhandenen, medizinischen Unterlagen und Krankengeschichten ergaben, daß Strahlungserkrankungen, Krebsleiden und Lungenerkrankungen bagatellisiert wurden bzw. im Ergebnis der Diagnose falsch definiert zur Akteneintragung kamen. Von derartigen lebensverkürzenden Erkrankungen als Folge der permanenten Strahleneinwirkungen waren besonders die auch im Schacht arbeitenden Frauen und die Berufsgruppe der Radiometristen betroffen. Hier bleibt der Zukunft noch viel Forschungsarbeit überlassen, um Aufklärung zu erbringen. Von diesen und anderen Mängeln, bis hin zu den nicht seltenen Gewaltverbrechen, wurden die damaligen Parteifunktionäre der SED, unter der Führung von Walter Ulbricht, ebenso unterrichtet wie die dann bald installierte DDR-Regierung. Es ist kein Fall bekannt und dokumentarisch belegt, in dem, von diesen Personen ausgehend, Mißstände beseitigt und Verbrechen geahndet wurden. Um die Wismut noch mehr zu isolieren, baute man hier, abweichend vom sonstigen Territorialprinzip mit Kreis-und Bezirksleitungen, eigenständige Partei-und Gewerkschaftsorganisationen auf. Da die Produktion der Wismut als militärstrategisch bedeutsame Arbeit angesehen wurde, hatte alles damit Verbundene höchste Wertigkeit. Fast alle Bergbaugebiete waren territoriale Sperrzonen, die zu betreten nur mit besonderen Genehmigungen möglich war.

Diese Periode des Aufbaues um jeden Preis endete zu Beginn der fünfziger Jahre. In dieser Zeit wurden auch eine Reihe von Zulieferbetrieben in anderen Orten aufgebaut. Zum Mammutunternehmen unter dem Namen

SAG Wismut gehörten bald 27 sogenannte Objekte; sie wurden von einer Zentralen Verwaltung mit Sitz in Siegmar-Schönau gesteuert. Im Jahre 1953 übersiedelte diese, für Besucher stets nicht betretbare Kommandozentrale nach Chemnitz in entsprechend neuerbaute Gebäudekomplexe.

Einige Veränderungen traten nach den Regierungsabkommen zwischen der Sowjetunion und der DDR vom 22. August 1953 und dem 7. Dezember 1962 ein. Der Name änderte sich in "Sowjetisch-deutsche Aktiengesellschaft Wismut (SDAG)" nach einer fünfzigprozentigen deutschen Kapitalbeteiligung. Dennoch blieb die innere Struktur und die Kommandogewalt im Unternehmen weitgehend unverändert. Das absolut Vorrangige war die Erzproduktion für die sowjetischen Rüstungsbetriebe. Bezüglich der geförderten Erzmengen ist man in Deutschland noch weitgehend auf sachlich fundierte Schätzungen angewiesen; sie betrugen im Jahre 1946 etwa 135 Tonnen und ab 1948 bis zirka 900 Tonnen. Sollten die geheimen Archive der Wismut eines Tages auch den deutschen Historikern zugängig werden, wird in diesem Zusammenhang sicher noch manches Geheimnis offenbar werden und eventuell noch vorhandene Illusionen einem späten Erschrecken weichen. Eine Folgeerscheinung dieses extremen Eingriffs der Besatzungsmacht in das Wirtschaftsgefüge Mitteldeutschlands der Nachkriegszeit ist die Deformierung urbaner Strukturen samt den Umweltschäden großen Ausmaßes mit Langzeitwirkung.

Bedeutungsvoll und aufschlußreich ist auch die Art und Weise der Leistungsberechnung nach den schon erwähnten Regierungsabkommen. Die Berechnungsgrundlage waren die von beiden Regierungen verketzerten US-Dollar. Allerdings legte die "befreundete Sowjetunion", die "Befreierin vom faschistischen Joch", eine Kursrelation von 11 DDR-Mark für einen Dollar fest. Daraus ergibt sich: die DDR mußte im Jahre 1949 rund 350 Millionen Mark, 1951 schon 600 Millionen Mark und 1952 gar 934 Millionen Mark für die Wismut aufwenden. Als Reparationsleistung anerkannt könnte dies bedeuten, von der SBZ/DDR wurden von 1946 bis 1953 etwa 3,5 Milliarden Mark an Leistungen und wertvollen Erzen erbracht. Bei Berücksichtigung der Zwangskursrelation sind jedoch höchstens 320 Millionen Dollar auf das Konto "Reparationen" gutgeschrieben worden. Vermutlich stellen diese Berechnungen aber nur die untere Grenze dar; es bedarf auch hier der Einsicht und des aufmerksamen Nachforschens in den noch immer verschlossenen Dokumenten.

Bis zum Zusammenbruch des politischen und wirtschaftlichen Systems des Realsozialismus in der ehemaligen DDR war **das Unternehmen Wismut der größte europäische Uranproduzent**, allerdings mit weit über dem Weltmarkt liegenden Kosten. Dieses so legendenverbrämte und noch heute für Überraschungen gute Wirtschaftsimperium beendete seine Tätigkeit mit der Unterzeichnung eines Abkommens am 16. Mai 1991 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR. Ein wenig erforschtes und dennoch für das Geschichtsbild Nachkriegsdeutschlands sehr bedeutsames Kapitel der Wirtschaftsgeschichte fand seinen Abschluß.

Geblieben sind in der Erinnerung viele tragische Schicksale, von denen nicht wenige einer Sühne und Wiedergutmachung bedürfen. Dazu kommen die vom deutschen Steuerzahler zu finanzierenden Maßnahmen der Sanierung und Rekultivierung der verwüsteten Bergbaugebiete in zweistelliger Milliardenhöhe über mindestens ein Jahrzehnt. Den Verursacher dieser und anderer ökologischer Katastrophen im Jahrhundertmaßstab bittet man bis zur Stunde offensichtlich nicht zur Kasse. Diese Last zu tragen, überläßt unsere Regierung den Kindern und Enkeln der einstens in den Uranerzschächten des Erzgebirges und Thüringens geschundenen Wismut-Kumpel. Leider haben sie keine politische Lobby unter den Abgeordneten unserer Parlamente, die sich absonderlicherweise Volks-Vertretungen nennen.

Georg Daniel

Auslandsdeutsche sind jetzt vogelfrei !

Rainer Daehnhardt
Quinta Wimmer
P-02605-213 Belas/Portugal

Belas, den 21.1.2002

An die
Leser der HUTTENBRIEFE

Sehr geehrte Damen und Herren,

Betrifft: Aberkennung der deutschen Staatsbürgerschaft

SACHLAGE: Da mein Deutscher Reisepaß am 6.2.2002 abläuft, ging ich am 12. Januar, wie üblich, zur Lissabonner Deutschen Botschaft, um ihn mir verlängern zu lassen. Dort wurde mir von der Konsulatsschalterbeamtin, welche für deutsche Pässe zuständig ist, mitgeteilt, daß jetzt keine Paßverlängerungen mehr vorgenommen werden und ich daher einen neuen Paß beantragen müsse. Als ich sie um das entsprechende Formular bat, um es ausfüllen zu können, sagte sie plötzlich: "Sie sind ja in Wien geboren! Da müssen Sie erst einmal Ihre deutsche Staatsangehörigkeit nachweisen können!"
Darauf meine Frage: "Wieso denn das? Ich bin 1941 geboren. Österreich gehörte doch damals zu Großdeutschland. Ich bin Deutscher! Steht ja auch in meinem Paß!"
Schalterbeamtin: "Warten Sie mal ich hole meine Chefin!" Daraufhin kam die Chefin der Konsulatsabteilung und teilte mir mit: "Paß und Personalausweis sind keine Staatszugehörigkeitsausweise! Bringen Sie mir mal Ihre Geburtsurkunde! Mal sehen was die über Ihre Staatszugehörigkeit aussagt."
Am 14.1.2002, bei der Vorlegung meiner 1941 in Wien ausgestellten Geburtsurkunde. Konsulatsabteilungschefin: "Ja, hier steht zwar, daß Sie in Wien geboren sind, aber hier steht nicht, welche Staatszugehörigkeit Sie haben". Meine Antwort: "Das ist doch logisch; die Deutsche, da Wien doch damals zu Großdeutschland dazugehörte."
Chefin: "Das ist mir wohl bekannt, aber hier steht es nicht! War Ihr Vater Deutscher?" - "Ja!". - "Dann bringen Sie

mir doch dessen Geburtsurkunde." - "Das wird nicht möglich sein. Wir wurden 1944 in Frankfurt am Main ausgebombt und da sind uns viele Urkunden verbrannt!" - "Wo ist Ihr Vater denn geboren?". - " Mein Vater ist 1913 in der Kaiserlich Deutschen Botschaft in Konstantinopel geboren. Er war der Sohn eines detuschen Diplomaten. Meine Familie sind Auslandsdeutsche, die jedoch immer die deutsche Staatszugehörigkeit beibehalten haben!" - "Ja, dann müssen Sie erst einmal einen Antrag auf Ausstellung eines Staatsangehörigkeitsausweises stellen!" - "Wie lange dauert denn so was?" - "Ja das wird wohl ein Jahr dauern". - "Aber mein Paß läuft doch Anfang Februar ab!" - (Peinliche Stille!) - Die Chefin: "Wissen Sie was, bringen Sie mir mal alles, was Sie an Dokumenten haben!".

Am darauffolgenden Tag, nach zehnstündiger Suche und dem Zusammentragen aller mir gebliebenen Dokumente meiner Vorfahren, welche seit 1706 in Portugal ansässig sind, jedoch immer Deutsche waren und blieben: "Hier habe ich Ihnen alles mitgebracht was bezeugt, daß alle meine Vorfahren Deutsche waren." - Die Konsulatsabteilungschefin beim Lesen meines Ahnenpasses: "Bei Ihnen ist ja **seit vier Generationen keiner mehr in Deutschland geboren, da hatten sie wirklich genug Zeit das Deutschtum abzulegen!** Wissen Sie was, nachdem Sie mir hier all diese Dokumente vorgelegt haben, glaube ich Ihnen das auch, was Sie sagten, kann Ihnen jedoch trotzdem keinen Paß ausstellen. Sie müssen den Antrag auf Ausstellung eines Staatsangehörigkeitsausweises stellen und ich werde mal in Wien nachfragen, ob dort etwas über Ihre Staatsangehörigkeit angegeben ist!" - "Aber mein Paß läuft doch in Kürze ab und ich muß Reisen ins Ausland machen". - "Wohin denn?" - "Demnächst erst einmal nach England". - "Ja innerhalb der Festländer der EG können Sie auch noch ein Jahr mit abgelaufenem Paß reisen. England akzeptiert dies aber nicht; dann kann ich Ihnen, sonderheitshalber, einen vorläufigen Ausweis für diesen Zweck ausfüllen."

Ich muß dazu bemerken, daß all diese Gespräche in beamtenfreundlichem sachlichen Ton stattfanden, ohne jegliche Worttonerhöhung oder irgendwelcher Benützung von Adjektiven, also auf die Art der seelenlosen Komputerunterhaltung, auf welche sich heute der Schalterkontakt zwischen Beamten und "Sonstmenschen" beschränkt.

So ist es also! In wenigen Tagen werde ich zum **Staatenlosen**, Ob mir doch noch das Recht eingeräumt wird, mich weiterhin als Deutschen bezeichnen zu dürfen, ist behördlich in Frage gestellt.

Was soll ich jetzt machen? Soll ich nach Frankfurt gehen, wo mein Vater 1997 starb und versuchen, ihm nachträglich mitzuteilen, daß er Zeit seines Lebens dem Irrtum unterlegen war, ein Deutscher zu sein. Daß er den gesamten Zweiten Weltkrieg für Deutschland kämpfte (im Kaukasus schwerverwundet, russische Gefangenschaft, 1946 entlassen) ?. Er muß wohl ein Türke gewesen sein! Seltsamerweise wußte weder er das, noch die Türkei oder Deutschland.

Soll ich zum Grab meines Großvaters nach Thürigen pilgern? Er kam in Lissabon, als Sohn des Kaiserlich Deutschen Generalkonsuls, zur Welt, wurde selbst deutscher Berufsdiplomat, kämpfte auf deutscher Seite den Ersten Weltkrieg, (vor Verdun schwerverletzt), wurde 1941 als deutscher Generalkonsul in Göteborg zwangspensioniert (hatte 1400 Norwegern und Dänen geholfen, auf neutralen schwedischen Schiffen, das Kriegsgebiet Europas zu verlassen, ohne vor dem Abstempeln ihrer Pässe vorher in Berlin nachzufragen, ob ihnen dies von deutscher Seite her erlaubt werden solle oder nicht). Nach dem 20. Juli 1944 wurde er, bereits schwerkrank, im Krankenhaus verhaftet und zum Verhör mitgenommen (sein Name muß auf irgend einer Liste gestanden haben, da er 1939 in seiner schwedischen Privatwohnung Treffen von deutschen, schwedischen und englischen Adligen zusammenstellte, welche versuchten, den Krieg zwischen England und Deutschland zu vermeiden). Er starb daraufhin am 7. August 1944. Meine Großmutter erzählte mir, daß er immer gesagt hatte, daß die französische Maschinengewehrsalve, welche ihm einen Teil seines Körpers zerriß, ihn weniger seelisch verletzt hatte, als sein Dienst als deutscher Diplomat beim Versailler Diktat und dessen Folgen. Soll ich auch ihm jetzt sagen, daß er nie Anrecht hatte, sich als Deutscher zu fühlen, da er ja im Ausland zur Welt kam? Es würde ihn erneut verletzen.

Was spielt sich hier eigentlich ab? Wird jetzt aus Politisch-Korrekt-Sein-Wollen **Deutschland** auf die geographische Größe der Bundesrepublik, auf bürokratischem Wege, **zurechtgeschrumpft?** Wird jetzt jeder Deutsche, der nicht auf dem Gebiet der Bundesrepublik zur Welt kam automatisch für vogelfrei und zum staatenlosen Ausländer erklärt?

Seit Jahrhunderten in Portugal ansässig, hat meine Familie ihre Zugehörigkeit zu Deutschland niemals in Frage gestellt. Sie hat nicht nur sieben Generalkonsuls in Portugal gestellt, Orden und Anerkennung vieler Staaten erhalten, jedoch immer die deutsche Staatszugehörigkeit beibehalten, sondern auch die Beschlagnahme all unseres Hab und Gut und dessen Versteigerung während des ersten Weltkrieges durchgemacht, weil sie Deutsche waren.

Nun werden wir, als Auslandsdeutsche, nicht nur abgeschrieben, sondern **bürokratisch aus dem Deutschsein vertrieben!**

Was bedeutet eigentlich "Zeit genug gehabt zu haben, das Deutschtum abzulegen"?.

Ist Deutschtum eine Seelenkrankheit, die man möglichst schnell loswerden soll, eine Art unsichtbarer innerer Pest?

Liegt der Fehler des Nichtverstehens der heutigen behördlichen Auffassung des Deutschtums bei mir, oder ist er rechtsbindenden behördlich gewünschten Charakters? Welche Konsequenzen werden sich daraus ergeben? Es gibt über Einhundert Millionen Auslandsdeutsche. Fängt jetzt ein großes "Aufräumen" unter diesen an?

Mir ist inzwischen bekannt geworden, daß mein Fall kein Sonderfall ist und es mindestens ein Dutzend anderer gleicher Fälle hier an der Botschaft gibt.

Hat jemand in der Bundesrepublik Angst, daß Nachkommen von Auslandsdeutschen aus immer unruhiger werdenden anderen Ländern nach Deutschland rückwandern wollen? Allein in den USA gibt es 60 Millionen Deutschstämmige und die Zukunft sieht dort wirklich nicht rosig

aus, von südamerikanischen Ländern und Südafrika ganz zu schweigen.
Es ist meine feste Überzeugung, daß es um **die Klärung der deutschen Identität** geht! Falls diese durch Maastricht gelöscht werden soll, müßte dies zumindest der Welt mitgeteilt werden.
Ich spüre Hunderte von Generationen von Deutschen in mir, werde dies nie verschweigen und mich durch Bürokraten keines Anderen überzeugen lassen, egal was jemand mir auf einen Ausweis schreibt.
Bin am "Pearl-Harbour-Tag" in Wien zur Welt gekommen, immer Deutscher gewesen, habe Krieg und Nachkriegszeit in Deutschland verbracht, einen Stoß eigener deutscher Pässe von mir und meinem Vater vor mir liegen und stehe auf der Schiffsplanke, wo man mich als staatenloser Auslandsdeutscher ins Nichts abschubsen möchte.
Meine Damen und Herren, muß ich Ihnen Ringelnatz zitieren, um jemanden aufzuwecken?" Eingehüllt in feuchte Tücher prüft er die Gesetzesbücher und er kam zu dem Ergebnis, nur ein Traum war sein Erlebnis, denn, so prüft er messerscharf, **nicht sein kann was nicht sein darf**!"

Mit herzlichen Grüßen an unsere Heimat

Rainer Daehnhardt

Enthüllungen zum Rakowski-Protokoll

Während des Ostfeldzugs, dem Unternehmen Barbarossa im 2. Weltkrieg, war neben den Streitkräften der Deutschen Wehrmacht unter den Truppen verbündeter Mächte auch der Freiwilligen Kampfverband aus Spanien, die BLAUE DIVISION, unter ihrem Kommandeur General Munoz Grande, eingesetzt. Diese Division, ihr spanischer Name war Division Azul, war im Einvernehmen mit General Franco aufgestellt worden als Dank für die deutsche Hilfe mit der LEGION CONDOR während des Spanischen Bürgerkrieges gegen den Bolschewismus im Jahre 1936

Am 13. Juli 1941, nur wenige Wochen nach Ausbruch des Rußlandfeldzugs mit dem deutschen Präventiv- und Abwehrschlag gegen Stalins erneuten militärischen Riesenaufmarsch gegen Europa, wurde diese Division verabschiedet und in Grafenwöhr frontdiensttauglich gemacht.

Sie kam mit 20.000 Mann Kampfstärke ab dem 14.10.1941 an der Ostfront zum Einsatz, zunächst am Wolchow, wo später einer von Stalins besten Generalen, Wlassow, in deutsche Hand fiel. Weitere Einsatzgebiete waren der Ilmensee südlich Nowgorod bei Staraja Russa nahe den schwer umkämpften Waldeihöhen und anschließend der Einsatz bei Leningrad.

Diese spanische Division hatte ihren Namen von den blauen Hemden, die sie zu ihrer deutschen Wehrmachtuniform trugen, es waren die Hemden der nationalspanischen Falange. Der letzte spanische Divisionskommandeur war Esteban-Infantes, unter dem die Division auf spanischen Wunsch, Franco war jüdischer Herkunft, aus der Front herausgezogen und nach Spanien zurückgeführt wurde.

Dennoch bildeten spanische Freiwillige im Glauben an das Europa der Vaterländer eine neue spanische Division, die nun den Namen SPANISCHE LEGION führte, wie z.B. auch andere nichtrussische Freiwilligen-Verbände aus Estland, Lettland, Litauen, Ukraine, Georgien usw. auch den Beinamen LEGION neben dem Nationalnamen führten. Die neue spanische Legion umfaßte nur drei Bataillione, ihr Kommandeur war Oberst G. Navarro, Einsatzraum Heeresgruppe Nord. Auf angloamerikanischen Druck befahl die Francoregierung gehorsam am 6. März 1944 die "Rückführung" der Legion. Sie wurde in Königsberg am 17. April 1944 aufgelöst und nach ihrer Rückkehr in der spanischen Heimat begeistert empfangen.

Trotzalledem kämpften etliche europatreue spanische Freiwillige in den Kampfverbänden der Waffen-SS mit, wo sie zuletzt noch zwei Kompanien stellten. Reste von ihnen verteidigten unter Hauptmann Roca 1945 das von Stalins roter Bolschewistenarmee eingeschlossene Berlin.

4000 Spanier waren im antibolschewistischen Kampf an der Ostfront gefallen, aus sowjetrussischer Gefangenschaft kehrten am 2.4.1954 286 Spanier zurück. Der strategische Wert einer so kleinen Kampfeinheit wie der spanischen Blauen Division war sicher nicht sehr groß, jedoch war die Treue dieser heldenhaften europäischen Spanier im taktischen Einsatz nicht hoch genug einzuschätzen und ihr Kampf für Europa wird für immer im Andenken der Gerechten bleiben.

Die größte Tat aber, welche die Geschichte der Völker und Menschen oft rein zufällig ausführen läßt, gelang einem einfachen Freiwilligen der spanischen Division, als dieser vor dem Kampfabschnitt der Division die Leiche eines gefallenen Sowjetrussen in einer Bauernkate fand. Eine Überprüfung der Papiere und des Taschheninhalts dieses Offiziers brachte zunächst nichts besonderes zutage, der Tote war einer der vielen NKWD-Ärzte in Stalins Gulagreich gewesen. Sein Name war Dr. Josef Landowsky und, was die Überraschung ausmachte, er hatte eine Menge beschriebenes Papier bei sich, darunter einige eng beschriebene Hefte. Es war eigentlich ein Fund von weltgeschichtlicher Bedeutung, von so brisantem Inhalt, daß, ginge es auf dieser Welt mit rechten Dingen zu, würde alles nach Wahrheit und Völkerrecht zugehen und nicht nach Geld, Waffen, Rohstoffen und Erdöl, sofort eine Weltgeschichtsrevision hätte stattfinden müssen. Die Rollen hätten in Nürnberg sofort vertauscht werden müssen, - das bewiesen die Papiere bei dem Toten, deren Inhalt nun als Licht der Geschichte kam - wo 1945 die eigentlichen Kriegsbrandstifter sich anmaßten, zugleich als Ankläger und Richter aufzutreten und einen Akt noch nie dagewesener Rechtsbeugung zu vollziehen.

Die papiernen Aufzeichnungen bei dem toten Landowsky waren Vernehmungsprotokolle eines einst hohen Mitgliedes der sowjetrussischen Nomenklatura; er hieß Christ-

jan Gurjewitsch Rakowsky, war nach der Oktoberrevolution von 1917 Ratsvorsitzender des Ukraine-Sowjets gewesen, dann sowjetischer Geschäftsträger in London, anschließend Sowjet-Botschafter in Paris. Als Weggefährte Lenins und vor allem Trotzkis geriet Rakowsky nach Lenins Tod mehrmals in Stalins Schußlinie und letztlich in das Räderwerk von Stalins mörderischer Justizmaschine, die ihn 1938 erneut in die Lubjanka brachte, wo er von dem GPU-Offizier Gabriel G. Kuzmin verhört und vernommen wurde. Da Rakowsky in den führenden diplomatischen Kreisen in London und Paris verkehrte, als Bonvivant auch in den von hochgradigen Freimaurern durchsetzten Pariser Highsociety-Salons seine Kontakte pflegte, waren ihm, - besonders nach Entsendung von Roosevelts Botschafter J. E. Davies nach Moskau - die Pläne der Führungseliten in den westlichen bolschewistisch korrumpierten und unterwühlten Einkreisungsmächten nicht nur gut, sondern besser als Stalin selbst bekannt. Rakowsky war nämlich Trotzkist geblieben, was ihm letztendlich auch zum Verhängnis wurde.

Der sowjetische prominente Rakowsky wurde von dem ebenfalls prominenten GPU-Vernehmungsoffizier Kuzmin nun nach allen Regeln dieses berüchtigten Dserschinski-Hauses abgeschöpft und Kuzmin, der bei Stalin im Kreml Zugang hatte, versprach ihm bei kooperativem Verhalten zu versuchen, seinen Kopf zu retten. In diesem Bestreben bestärkt, versuchte Rakowsky nun, angesichts der sich durch die Einkreisungspolitik der Westmächte gegen Deutschland mehr und mehr verschärfenden Lage, sich dadurch aus der Schlinge zu ziehen, daß er dem Kreml die Kriegsplanungsvorstellungen der Westmächte gegen das Deutsche Reich zu Protokoll gab.

In dem Schauprozeß 1938 wurde Rakowsky zusammen mit Karl Radek und anderen Sowjetgrößen zu zwanzig Jahren Haft verurteilt. Er war zu diesem Zeitpunkt 66 Jahre alt. Stalin schonte zunächst sein Leben, und das wohl nur wegen des großen Sachwissens dieses hochgebildeten Genies, das zu nutzen Stalin vielleicht noch gehofft haben mochte. Doch kam es anders; als die Deutsche Wehrmacht im Sommer 1941 sich dem Ort der Haftverwahrung Rakowskys näherte, erhielt Rakowsky mit vielen anderen Sowjetprominenten den Genickschuß. Bevor der GPU-Gefängnisarzt Landowsky die Flucht ergriff, nahm er die brisanten Papiere des Toten an sich und als er fiel, kamen sie in spanische Hand und damit endlich nach vielen Irrwegen und Unterdrückungen in die Öffentlichkeit.

Die Offenlegung der Kriegsplanung durch die wissenden und eingeweihten überstaatlichen Hintergrundmächte der westlichen Kriegstreiberstaaten war zunächst so verblüffend, daß man nicht wagen konnte, sie für bare Münze zu nehmen und zunächst glaubte, es könne sich um Hirngespinste überkandidelter Biertischstrategen handeln. Erst als ich begann, mich auf die Suche in den Spuren des Lebensweges des Rakowsky zu machen und nach seinen diplomatischen Korrespondenzen aus den 20iger und 30iger Jahren suchte und fündig wurde, erkannte ich die Brisanz seiner Aussagen vor Stalins GPU-Häschern, die unter Fachleuten als RAKOWSKY-PROTOKOLL geführt werden.

Mauricio Carlavilla hat das Protokollarische Dokument 1950 in Madrid in der Fassung "SINFONIA EN ROJO MAYOR" aus dem Russischen übersetzt.

Rakowskys tatsächlicher Lebensweg, bisher nicht bekannt, wird erst jetzt offenbar. Dem toten Rakowsky verdanken wir nun die Wahrheit über die Planung der Westmächte zur Auslösung des 2. Weltkrieges. Einer seiner letzten Sätze vor dem Tod waren seine Worte:

"EINES TAGES WERDEN DIE TOTEN ZU REDEN BEGINNEN"

Und tatsächlich, Rakowsky gibt als Toter preis, wie die Menschheit in den 2.Weltkrieg getrieben wurde, nicht von Hitler, sondern von Roosevelt, Churchill, Daladier und Stalin.

Woher stammte Christjan Gurjewitsch Rakowski!

Wir würden kommenden Generationen kein Wissen darüber hinterlassen, wie der 2. Weltkrieg geplant und in Szene gesetzt wurde, wüßten wir nichts über Herkunft und Lebensweg jenes Mannes, der zu den Wissenden und Eingeweihten diplomatischen Zutritt hatte und in einer Notlage dem georgischen Tyrannen im Kreml sein Wissen offenlegte.

Das nach Rakowsky benannte Protokoll, der als Trotzkiaktivist 66-jährig zu langer Haft verurteilt, dann aber beim Nahen der deutschen Landstreitkräfte 1941 kurzerhand von Berijas Pistolenhenkern im Zentralgefängnis Orjol erschossen wurde, stellt ein Geschichtsdokument dar, dessen Brisanz in der Geschichtswissenschaft seinesgleichen sucht.

Bei Stalins berüchtigter Tschistka-Vernichtungsaktion, der auch Tuchatschewski, Jakir, Gamarnik, Eidemann, Uborewitsch und andere zum Opfer fielen, die alle als Abweichler, Spione und vor allem als Trotzkisten dargestellt wurden, erhielt der ebenfalls nachweislich als Trotzkist bekannte Rakowsky 1938 nur eine Haftstrafe. Wolfgang Leonhardt meint in seinem Werk DIE REVOLUTION ENTLÄSST IHRE KINDER, daß Rakowsky deswegen vor der Todesstrafe verschont wurde, weil er sein Abweichlertum und seine trotzkistischen Irrtümer eingestanden hätte, sich zur KPdSU bekannte und heftige Selbstkritik übte.[1)] Die Wahrheit dürfte aber eher sein, daß Stalin aus dem Kopf dieses hochgebildeten Genies - Trotzki lebte ja noch - eines Tages noch mehr herausholen könnte. Immerhin hatte Rakowsky vor dem 1938er Prozeß Abbitte und Widerruf geleistet.

Die ganze Vita Rakowskys ist deshalb für die Nachwelt und die Geschichtsforschung so wichtig, weil er das Zeugnis abgegeben hat, daß die beiden Hegemonialideologien Kapitalismus und Kommunismus/Bolschewismus einer gemeinsamen Quelle entstammen.

Um alle ethnisch begründeten nationalstaatlichen Regionalsysteme zu zerstören und eine Eine-Welt-Herrschaft erstehen zu lassen, war es notwendig, langfristig Pläne zu entwickeln. Die seitherigen Regionalmächte mußten zunächst zerstört werden, im Chaos versinken, um dem darauf folgenden Ruf der Massen nach *Law and Order* die Notwendigkeit einer einzigen Weltherrschaft plausibel zu machen.

Fritz Becker

1) Leonhardt, W. Die Revolution entläßt ihre Kinder